

# Laibacher Zeitung.

Nr. 128.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 9. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1869.

## Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 24. Mai 1869

über die Regelung der Grundsteuer.

(Fortsetzung.)

### III. Abschnitt.

#### Grundertragsabschätzung.

§ 15. Feststellung des Reinertrages.

Die Feststellung des Reinertrages der Grundstücke erfolgt nach Culturgattungen und Bonitätsclassen, und zwar bezirksweise, für die auszumittelnden Schätzungsbezirke durch Aufstellung eines Classificationstarifes.

Ein Reinertrag wird auch von jenen Flächen ermittelt, welche durch anderweitige Benützung der Utoproduction entzogen sind.

§ 16. Culturgattungen. Hinsichtlich der Culturgattungen sind zu unterscheiden:

- a. Acker,
- b. Wiesen,
- c. Gärten,
- d. Weingärten,
- e. Hutweiden,
- f. Alpen,
- g. Waldungen,
- h. Seen, Sümpfe, Teiche,
- i. Parificationsland,
- k. unproductives Land.

Jene Flächen, welche durch eine andere Benützung der Utoproduction entzogen sind, werden als Parificationsland behandelt; dahin gehören:

Kalk-, Sand-, Kies-, Mergel-, Torf-, Thongruben, Lager- und Werkplätze, Privateanläge, Ufer, Raine, Kanäle, Privatwege, das Territorium der Eisenbahnen, dann die zu Steinbrüchen und bei Bergwerken zu Stollen, Schächten, Wasserbehältern u. verwandten Flächen.

§ 17. Schätzungsbezirk und Classificationdistrict. Der politische Bezirk bildet in der Regel einen Schätzungsbezirk als Classificationdistrict.

Bei wesentlicher Verschiedenheit in der Terrainbildung, im Klima, den wirthschaftlichen Boden- und Verkehrsverhältnissen, kann derselbe auch in mehrere Classificationdistricte abgetheilt werden und es ist für jeden dieser Districte ein besonderer Tarif aufzustellen.

Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Theilung eines Bezirkes in mehrere Classificationdistricte steht den Bezirkschätzungscommissionen, wenn jedoch ein Bezirk in mehr als drei Classificationdistricte getheilt werden soll, dem Finanzminister zu.

Im Falle unausweichlicher Nothwendigkeit kann die Abtheilung mit Zustimmung der Landescommission von der politischen Eintheilung abgehen und auch kleinere Schätzungsbezirke bilden.

§ 18. Zahl der Bonitätsclassen. Die Zahl der Bonitätsclassen für jede Culturgattung des Classificationdistrictes darf nicht mehr als acht Classen betragen.

§ 19. Tariffuß der Bonitätsklasse. Der für jede Classe einer jeden Cultur im Gelde per n. ö. Joch festgestellte Reinertrag bildet den Tariffuß der betreffenden Bonitätsklasse.

Die Tariffüße für die einzelnen Bonitätsclassen der verschiedenen Culturarten sind angemessen abzustufen und dergestalt festzustellen, daß mit Anwendung derselben auf die betreffenden Grundstücke der mittlere Reinertrag der letzteren, d. h. derjenige Reinertrag erfasst wird, welcher sich unter Voraussetzung einer im Classificationdistrict bei der Mehrheit des Grundbesitzes gewöhnlichen Bewirthschaftung nach Abschlag aller notwendigen im Districte gemeingewöhnlichen Bewirthschaftungs- und Gewinnungskosten im Durchschnitt einer Reihe von Jahren für jeden Besitzer ergibt.

§ 20. Gleichzeitige Vornahme der Katastraloperationen. Die zur Ermittlung des Reinertrages der Grundstücke zum Zwecke der Grundsteuervertheilung notwendigen Katastraloperationen erfolgen gleichzeitig in allen Ländern.

§ 21. Specielle Reinertragsberechnungen werden nicht gefordert. Für die Zustandebewertung der Tariffüße jeder Bonitätsklasse wird eine besondere Berechnungsart nicht vorgezeichnet, sondern es sind hierbei alle Momente, welche auf den Reinertrag der Grundstücke in den verschiedenen Theilen des Classi-

ficationdistrictes von Einfluß sind, so eingehend zu erwägen, daß die wesentlichen, im Classificationdistrict vorkommenden Ertragsverschiedenheiten der Grundstücke möglichst berücksichtigt werden.

§ 22. Behelfe für die Abschätzung. Zu diesem Behufe werden die notwendigen Behelfe herbeigeschafft; insbesondere:

Ein Verzeichniß der von der Finanzlandesstelle auf Grund der beizulegenden Originalmarktpreistabellen zusammengestellten Durchschnittspreise aller im Bezirke erzeugten Bodenproducte, auf n. ö. Maß reducirt, aus der dem Jahre der Schätzung vorangehenden Periode von 15 Jahren, wobei bezüglich des Weines die Herbsdurchschnittspreise des Erzeugungsjahres zur Grundlage zu nehmen sind;

ein Ausweis über die von den politischen Behörden erhobenen, im Bezirke vorkommenden gemeinüblichen Preise der Hand- und Zugarbeit aus den dem Jahre der Ertragschätzung vorausgegangenen 15 Jahren, wobei in Betreff der Bemessung des Arbeitspreises in den Fällen, wo Verköstigung verabreicht wird, deren Werth in den Arbeitspreis einzurechnen ist;

die von den Steuerämtern ausgefertigten Ausweise der Preise über freie Verkäufe und zeitliche Pachtungen aus der Periode der letzten 15 Jahre über einzelne Grundstücke, ganze Wirthschaften und Gutscomplexe, dann gerichtliche Schätzungen;

die vorhandenen Katastralmappen; endlich die vom Besitzer unterzeichneten Auszüge aus Wirthschafts- und Forstrechnungen der letzten 15 Jahre über Naturalertrag und Culturaufwand, wenn sie von demselben freiwillig beigebracht werden.

§ 23. Bezirksbeschreibung. Der Referent hat auf Grund einer von ihm vorzunehmenden Bereinigung des Bezirkes eine Bezirksbeschreibung anzufertigen.

Diese Beschreibung hat hauptsächlich folgende Daten zu enthalten:

Ein alphabetisches Verzeichniß sämmtlicher dem Bezirke angehörigen Gemeinden und selbständiger Gutsgebiete.

Page, Größe und Begrenzung des Bezirkes, allgemeine Terrainbildung; die klimatischen Verhältnisse, allgemeine Bodenbeschaffenheit, die verschiedenen Bodenertragsverhältnisse des Bezirkes nach Culturen, die Entwässerungsanlagen; Drainagen, Communicationsmittel, Absatzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Producte; Bevölkerungsverhältnisse, Naturerzeugnisse aus allen Reichen, dann Vertheilung des Grundbesitzes und Bodens, Bewirthschaftungsweise, Verkehr mit Grundstücken behufs des Verkaufes oder der Verpachtung mit Rücksicht auf die durchschnittlichen Werthe größerer, mittlerer und kleinerer Güter, ganzer Wirthschaften so wie einzelner Grundstücke und Parzellen aus den letzten 15 Jahren und, so weit dies möglich ist, unter Andeutung der auf diese Werthe Einfluß übenden Factoren; den Preis des Holzes am Stamme nach der niederösterreichischen Klafter, 30" Länge vom harten und vom weichen Holze, dann den Preis des Weines; den Durchschnittspreis der zum gemeingewöhnlichen Culturaufwande notwendigen Materialien und Naturalien aus der vorerwähnten 15jährigen Periode (§ 22) und zwar rücksichtlich der letzteren, insoweit hiefür nicht schon bei den Productenpreisen die notwendigen Positionen aufgestellt sind.

§ 24. Prüfung der Bezirksbeschreibung und der Behelfe. Die Bezirkschätzungscommission hat die ihr vorgelegten Behelfe (§ 22), die Bezirksbeschreibung (§ 23) und andere ihr zu Gebote stehenden Hilfsmittel, erforderlichenfalls nach einer zu diesem Behufe vorzunehmenden Vereisung des Bezirkes, einer genauen Prüfung zu unterziehen und nach Umständen alle diese Behelfe zu ergänzen oder zu berichtigen.

Ferner hat die Commission als weiteren Behelf für jedes Product und jeden Aufwandsgegenstand für jeden Classificationdistrict einen Normalpreis zu bilden.

Für das Holz können mehrere Preisabstufungen, jedoch nur in unerlässlicher Anzahl aufgestellt werden.

Der Bildung der Normalpreise hat als Grundlage zu dienen der Durchschnitt der dem Jahre der Schätzung vorausgegangenen 15 Jahre mit Auslassung der fünf höchsten Jahre. Die der Berechnung zu Grunde liegende Durchschnittsperiode muß für alle Kronländer dieselbe sein.

Als Durchschnittspreis ist zu berechnen:

a. rücksichtlich der Hauptförnergattungen jener der Einfluß nehmenden Markttorte.

b. rücksichtlich der ökonomischen Nebenproducte, des Weines und der Aufwandsmaterialien jener der erhobenen Localpreise im Classificationdistricte,

c. rücksichtlich der Arbeit der Tagelohn im Classificationdistrict nach der Bestimmung des § 22, Alinea 3.

Der Unterschied zwischen den gewöhnlichen und eine besondere Fertigkeit erfordernden, sowie zwischen leichten und schweren Arbeiten ist angemessen zu berücksichtigen.

§ 25. Entwurf des Classificationstarifes. Der Vorsigende der Bezirkschätzungscommission veranlaßt den Entwurf eines vorläufigen Classificationstarifes und zwar abgesondert, einerseits durch den Referenten der Commission und anderseits durch ein von der Commission aus ihrer Mitte gewähltes Comité. Diese beiden zu begründenden Entwürfe hat die Bezirkschätzungscommission eingehend zu prüfen und sodann einen vereinbarten Classificationstarif zu verfassen.

Bei Aufstellung des Classificationstarifes ist der mittlere Reinertrag für das n. ö. Joch jeder Bonitätsklasse der einzelnen Culturgattungen in nach Muster III der angeschlossenen Tabelle abgerundeter Ziffer festzustellen.

Trifft der von der Commission ermittelte Reinertrag zwischen zwei Extractzinsen der Classificationstabelle (Muster III.), so wird der Tariffuß nach der nächst höheren oder geringeren Ertragsstufe der letzteren festgestellt, je nachdem sich der ermittelte Reinertrag der einen oder der anderen mehr nähert.

§ 26. Begründung der Tariffüße. Bei der Prüfung der Angemessenheit der Tariffüße durch allfällige Vergleichung mit dem Kauf- und Pachtwerthe ist sich gegenwärtig zu halten, daß diese Daten nur als Combinationsmittel zu benützen sind und daß unter diesen Daten die gewöhnlichen Kauf- und Pachtwerthe der Grundstücke, d. i. diejenigen in dieser Richtung gesammelten Preise verstanden werden, welche ein mit dem gewöhnlichen Betriebscapitale ausgerüsteter Käufer oder Pächter für das Joch Landes mittlerer Qualität der betreffenden Bonitätsclassen und Culturarten in der Hoffnung zu zahlen pflegt, die landesüblichen Zinsen von dem Kaufpreise oder Pachtzinse herauszuwirthschaften.

Als landesüblicher Zinsfuß ist jener Betrag anzusehen, mit welchem sich das in einem Bezirke auf die Erwerbung eines Grundstückes ausgelegte Capital erfahrungsgemäß in der That rein verzinslet.

§ 27. Berücksichtigung besonderer Aufwandskosten. Kommen in einem Bezirke oder Classificationdistrict Massen von solchen Grundstücken vor, welche der Aufwendung besonderer Kosten dauernd bedürfen, um in dem Zustande der Ertragsfähigkeit, in welchem sie sich befinden, erhalten zu werden, so ist der Tariffuß für solche Grundstücke so zu bestimmen, daß die bezeichneten Kosten in demselben Ausdruck finden. Hierbei sind jedoch die Zinsen des auf die Anlagen verwendeten Capitals nicht zu berücksichtigen.

Kommen derartige Grundstücke nur in geringerem Umfange vor, so ist bei der Einschätzung erforderlichenfalls durch Einstellung solcher Grundstücke in eine geringere Tariffuß auf die gedachten Erhaltungskosten Rücksicht zu nehmen.

§ 28. Prüfung des vorläufigen Classificationstarifes. Der Entwurf des Classificationstarifes wird von der Bezirkscommission bei einer besonderen Begehung des Bezirkes geprüft und nach Erforderniß auch mit Rücksicht auf die Tarife der Nachbarbezirke richtiggestellt.

Bei dieser Begehung werden die einzelnen Tariffußclassen in einem Classificationprotokolle beschrieben und für jede Culturclasse Mustergründe (Vergleichungsgründe) gewählt, welche dazu bestimmt sind, daß im Vergleiche mit ihnen die übrigen Grundstücke des Classificationdistrictes nach ihrer Beschaffenheit und Ertragsfähigkeit in den aufgestellten Classificationstarif eingeschätzt werden können.

Diese Mustergründe (Vergleichungsgründe) sind in einem besonderen Verzeichnisse (Muster IV) genau zu beschreiben.

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichskanzler, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, hat eine im gemeinsamen Ministerium des Aeußern erledigte systemisirte Hof- und Ministerialconceipistenstelle dem dortigen Conceptadjuncten Dr. Ernst Rhu verliehen.



## Nichtamtlicher Theil.

### Der steiermärkische Landesausschuß über die slovenischen Forderungen.

Der Landesausschuß von Steiermark hat nachstehende Ansprache an die Bevölkerung in deutscher und slovenischer Sprache erlassen, welche gerade im gegenwärtigen Augenblicke von besonderem Interesse sein dürfte, daher wir dieselbe vollinhaltlich mittheilen:

Seit längerer Zeit wird versucht, gegen die bestehende Verfassung, die doch das Vollwerk für den Bestand und die Macht der österreichischen Monarchie und für die politischen und nationalen Rechte ihrer Bürger ist, unter den Bewohnern Steiermarks slovenischer Zunge Unzufriedenheit zu erregen, und alle Mittel werden angewendet, um diese für den Gedanken der Trennung der südlichen von der übrigen Steiermark, und für die Vereinigung des losgerissenen Theiles mit einem Nachbarlande zu gewinnen. Diese Bestrebungen haben Unfrieden zwischen den verschiedensprachigen Bewohnern des Landes geschaffen, da mit Verleugnung aller von Wahrheitsliebe gebotenen Rücksichten, Unterdrückung der Slovenen durch ihre deutschen Landsleute behauptet wird.

Der Landesausschuß ist überzeugt, daß diese Bestrebungen bei den Slovenen Steiermarks bis jetzt keinen Boden gewonnen haben; er ist auch überzeugt, daß die Slovenen jenen durch nichts zu erweisenden Vorwürfen von Bedrückung, womit zwischen die Bewohner eines und desselben Landes der Same der Zwietracht gesät werden will, keinen Glauben schenken, der Landesausschuß ist endlich auch überzeugt, daß die Slovenen Steiermarks sich darüber klar sein werden, ob die materiellen Nachteile, welche für sie aus einer Trennung der südlichen Steiermark erwachsen müßten, die Ausführung eines solchen Gedankens für sie wohl wünschenswerth machen können.

Da aber dieser Gedanke bereits in zwei Volksversammlungen Gegenstand von Resolutionen ward, und da Petitionen in dieser Richtung in Umlauf gesetzt, und unter verschiedenen Vorspiegelungen Unterschriften hierfür gesucht werden, so sieht sich der Landesausschuß, getreu den Pflichten, welche er dem Lande und seinen Bewohnern gegenüber übernommen hat, veranlaßt, die Gemeinden des slovenischen Theiles der Steiermark über diese Bestrebungen aufzuklären und sie vor Zielen zu warnen, welche, wenn sie je erreicht werden könnten, niemandem größeren Nachtheil bringen würden, als gerade den Bewohnern des slovenischen Landestheiles.

Vor allem ist es die Sprache, welche man als Hebel benützt, um die Unzufriedenheit künstlich zu erregen und zu nähren.

Niemand verkennt die Gerechtigkeit der Forderung, daß der Beamte, welcher in slovenischen Bezirken angestellt ist, der slovenischen Sprache vollkommen mächtig und daher in der Lage sein soll, mit den Parteien in dem diesen verständlichen Dialekte zu verkehren. Wie aus der in der Sitzung des steiermärkischen Landtages durch Se. Excellenz den Herrn Statthalter erfolgten Beantwortung einer Interpellation der Herren Hermann und Genossen klar ersehen werden kann, ist die Regierung bemüht, im slovenischen Theile des Landes nur solche Beamte anzustellen, welche dieser Bedingung genügen.

Slovenische Eingaben werden von den Behörden nicht nur angenommen, sondern die Bescheide und Erledigungen an die Parteien erfolgen auch in derselben Sprache. Es ist daher dem freien Willen der Parteien die Wahl überlassen, in welcher Sprache sie mit den Behörden verkehren wollen.

Wenn aber jemand glaubt, daß die slovenische Sprache jene Ausbildung nicht habe, welche für eine klare, allgemein verständliche und keinen Zweifel zulassende Abfassung einer Urkunde ausreicht, und wenn er daher besorgt, daß eine in slovenischer Sprache aufgenommene Urkunde ihn gegen mögliche Einwendungen nicht schütze, oder wohl gar in Prozesse verwickeln könnte, so wäre es doch ein durch nichts zu rechtfertigender Zwang und eine sehr unverständige Härte, wenn man ihn dennoch nöthigen wollte, die betreffende Urkunde nur in der slovenischen Sprache abfassen zu lassen.

Die von der Regierung getroffenen Einrichtungen über den Gebrauch der slovenischen Sprache im Amte geben daher keine Veranlassung zu jener Unzufriedenheit, welche man zu wecken und fortwährend zu nähren sucht. Der Landesausschuß wird es übrigens immer als seine Pflicht ansehen, seinen Einfluß zur Abstellung von Uebelständen einzusetzen, wenn ihm von einer Gemeinde des Landes in dieser Beziehung eine gegründete Beschwerde zukommen wird.

Niemandem fällt es ein, die slovenische Sprache in ihrer Entwicklung und Ausbildung hemmen, oder wohl gar ausrotten zu wollen. Daß daher in der Volksschule dort, wo dieselbe nur von slovenischen Kindern besucht wird, die slovenische Sprache die Unterrichtssprache sein müsse, wird nicht bestritten.

Die Bewohner der südlichen Steiermark sind aber in ihrem Verkehre und zu ihrem besseren materiellen Fortkommen in vielen Gegenden angewiesen, die deutsche Sprache zu kennen, und viele steiermärkische Slovenen, welche die Gelegenheit, die deutsche Sprache zu erlernen,

nicht hatten oder nicht benützten, bedauern lebhaft, daß ihnen diese Kenntniß mangelt. Es wäre daher ebenfalls ein nicht zu rechtfertigender Zwang, wollte man jenen Gemeinden, welche wünschen, daß ihre Kinder sich die Kenntniß der deutschen Sprache aneignen, die Gelegenheit hiezu in der Volksschule abschneiden.

Der deutsche Steiermärker ist dadurch, daß er im Besitze einer Weltsprache ist, befähigt, in der Wissenschaft, im Gewerbe, in jeder Art von Thätigkeit und Kenntnissen auf einem weiten, die ganze gebildete Welt umfassenden Gebiete in Mitbewerbung zu treten, und sein Fortkommen ist ihm nicht bloß in seinem Vaterlande, sondern auch weit hinaus über die Grenzen desselben gesichert.

Nicht so unser slovenischer Landsmann.

Gelänge es wirklich, daß die Slovenen unseres Landes sich von ihren deutschen Mitbürgern vollkommen abschließen, würde der slovenischen Jugend auch gegen den Willen des slovenischen Volkes jede Möglichkeit benommen, in den Volksschulen die Kenntniß und den Gebrauch der deutschen Sprache sich anzueignen, und würde dieser Grundsatz auch noch in den Mittelschulen, d. i. in den Gymnasien, Real- und Bürgerschulen in der Weise zur Geltung kommen, daß in diesen Schulen nur die slovenische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt würde, dann blieben unsere slovenische Jugend und unser slovenisches Volk mit ihrer Erwerbsfähigkeit und ihrem Fortkommen auf die Grenzen von drei kleinen Ländern eingeeengt und im Vergleiche zu ihren deutschen Landsleuten wären sie benachtheiligt und zurückgesetzt, während der Slovane, dem die Gelegenheit geboten wurde, neben seiner Muttersprache auch noch die deutsche ordentlich zu erlernen, durch die Kenntniß zweier Sprachen einen entschiedenen Vortheil vor seinem deutschen Landsmann voraus hat.

Es wird zwar behauptet, daß die Slovenen dem großen slavischen Volke angehören, und da sie mit ihrer Sprache auf einem weiten, von 80 Millionen Slaven bewohnten Gebiete concurriren, die deutsche Sprache entbehren können. Aber abgesehen davon, daß die Slovenen Steiermarks durch die Verkehrsverhältnisse mehr auf die Berührung mit ihren nördlichen und westlichen deutschen, als mit ihren südöstlichen und östlichen slavischen Nachbarn angewiesen sind, befähiget sie die slovenische Sprache, wie allgemein zugegeben wird, nicht zum Verständnisse der verschiedenen slavischen Sprachen.

Wenn daher der steierm. Landtag will, daß die slovenische Sprache ausgebildet und weiter entwickelt werde, wenn er diese Sprache beim Unterrichte nicht ausschließen, sondern im Gegentheile will, daß die slovenische Sprache sowohl in den Volks- als auch in den Mittelschulen der unteren Steiermark recht vollständig gelehrt werde, wenn er für diese Sprache eigene Kanzeln an der Ober-, Real- und technischen Hochschule in Graz unterhält, wenn er will, daß die in den slovenischen Landestheilen angestellten öffentlichen Beamten auch dieser Sprache vollkommen mächtig sein und mit den Parteien in der denselben verständlichen Sprache verkehren sollen, wenn er aber nicht will, daß der steiermärkische Slovane gegen seinen Willen und gegen seine Interesse von der Gelegenheit ausgeschlossen sein soll, auch die deutsche Sprache zu erlernen, so zeigt sich der Landtag wohl viel besorgter um das geistige und materielle Wohl der slovenischen Bewohner des Landes, und er ist ein praktischerer Freund derselben, als es Diejenigen sind, welche mit ihren Bestrebungen bewirken würden, daß der Slovane in der ihm aufgezwungenen Abgeschlossenheit geistig und wirtschaftlich verkümmert.

Man geht aber in neuerer Zeit noch viel weiter und will sogar den slovenischen Theil von Steiermark von dem deutschen abtrennen und denselben entweder zu einem abgesonderten Verwaltungsgebiet machen, oder aber mit einem Nachbarlande vereinigen.

Seit nahezu einem halben Jahrtausend besteht die Steiermark in ihren heutigen Grenzen. Nie hat die österreichische Gesetzgebung einen Unterschied zwischen den Bewohnern der Steiermark gemacht, und wenn in früherer Zeit der Bauernstand unter dem Drucke großer Lasten und harter Behandlung seufzte, so war dieser Druck ein gleich empfindlicher in allen Theilen des Landes. Erst der neuesten Zeit war es daher vorbehalten, eine Spaltung hervorzurufen, wo eine solche nie bestand und wo für eine solche gar kein stichhaltiger Grund besteht.

Eine Trennung der südlichen Steiermark könnte nie ohne Zustimmung des steierm. Landtages erfolgen; ja selbst diese Zustimmung würde für sich allein noch nicht genügen. Nie aber wird der steierm. Landtag einen Beschluß fassen oder einer Maßregel zustimmen, wodurch die Integrität des Landes verletzt würde, aber auch nie werden alle Slovenen Steiermarks eine solche Trennung gut heißen, wenn sie über die Folgen derselben aufgeklärt sind.

Alle Diejenigen, welche durch Rücksichten für ihre materielle Wohlfahrt interessiert sind, daß Verhältnisse nicht gelöst werden, die ihnen für die Pflege ihrer wirtschaftlichen Wohlfahrt nothwendig erscheinen, alle Diejenigen, welche es für eine Regel der Klugheit halten, nicht das Ungewisse dem Bekannten, das was erst kommen soll und was auch ganz anders kommen kann, als man träumt, dem, was ist, vorzuziehen, werden sich dem Gedanken einer Trennung widersetzen.

Eine administrative Trennung ist sowohl nur ein milderer Ausdruck, die Sache und das Ziel bleiben doch dieselben. Soll die administrative Trennung die Zwecke der Nationalen erfüllen, so müßte dem eigenen Verwaltungsgebiete auch ein eigener Landtag, ein eigener Landes-Ausschuß, somit die vollständige Trennung erfolgen.

Steiermark bestrittet gegenwärtig seine Landesbedürfnisse mit einer Umlage von 35 kr. Mit dieser Umlage werden die Kosten der Landes-Verwaltung, des Schutzes und die sonstigen Polizei-Auslagen, des Straßenbaues, der Bildungsanstalten, alle Auslagen für Wohlthätigkeits- und Sanitäts-Zwecke, für Vorspann und für die Grundentlastung für das ganze Land bestritten. Diese Umlage würde aber eine bedeutend höhere sein müssen, wenn das Land nicht ein bedeutendes Vermögen besäße, dessen Einkünfte zu Landeszwecken verwendet werden. Wenn nun eine Trennung des Landes von dem einen Theile begehrt und von dem anderen nicht zugegeben wird, so würde eine Theilung des Landesvermögens noch um so weniger zugegeben werden, und die Titel zu einer Theilung des Landesvermögens aufzufinden, dürfte nach der Entstehung und Natur des größten Theiles dieses Vermögens schwer fallen.

Der von Steiermark sich loslösende Theil des Landes müßte also — ohne daß ihm dabei ein Landesvermögen zu Hilfe käme — außer den l. f. Steuern noch alle die oben erwähnten Lasten für sich allein tragen. Eine Landesumlage von 35 Kreuzer würde daher gewiß nicht ausreichen.

Insbefondere gehen dem südlichen Theile der Steiermark durch seine historische und staatsrechtliche Stellung im Lande, in Bezug auf die Abtragung und Verzinsung der Grundentlastungsschuld, Vortheile zu, welche derselbe durch Ausscheidung aus dem Landesverbande verlieren würde. Fast die Hälfte des für die ehemaligen Dominien ausgemittelten Entschädigungs-Capitals fällt auf die slovenische Steiermark, und ein sehr bedeutender Theil des vom Lande zu tragenden Drittels an Zinsen und Amortisation der Grundentlastungsschuld, der auf die südliche Steiermark fallen würde, wird mittels der Landesumlage in der That von dem Concretum des Landes getragen. Es läßt sich ziffermäßig nachweisen, daß die südliche Steiermark mit der gesammten Landesumlage von 35 Kreuzer nicht einmal vollständig jene Zahlungsverpflichtungen aus der Grundentlastung deckt, welche bei einer Ablösung von den deutschen Theilen des Landes auf dieselbe entfallen würde. Die materiellen Nachteile einer Trennung des Landes wären daher ganz auf Seiten des slovenischen Steuerträgers. Wenn aber auch dadurch einige Erleichterung dem deutschen Theile des Landes zugehen würde, so könnten und dürften doch solche Rücksichten niemals mehr bestimmend für die Frage sein: ob eine Zerstückung unseres Vaterlandes zuzugeben, oder überhaupt statthaft sei?

Ebenso nachtheilig für den steiermärkischen Slovane würde die Vereinigung mit dem Nachbarlande Krain sein, auf welche man es eigentlich abgesehen hat. Dieselbe würde in der That nur diesem Lande zu Gute kommen. Es wäre dies eine Verschmelzung mit einem Lande, das in seiner größeren Ausdehnung von der Natur sehr stiefmütterlich bedacht ist und das einen großen Theil seiner Lebensbedürfnisse aus andern Ländern beziehen muß, ohne dabei eine nennenswerthe Industrie zu besitzen oder über eine nennenswerthe gewerbliche Production zu verfügen. Krain hat eine höhere Landesumlage als Steiermark, ohne mit derselben auch nur annähernd das für den Wohlstand und die Bildung des Volkes, für die Unterstützung der Gemeinden und Bezirke u. s. w. leisten zu können, was in Steiermark mit einer geringeren Umlage geleistet wird. Höhere Umlagen und geringere Leistungen, Gesetzgebung und Besteuerung vom Landtage zu Laibach aus und zu Zwecken des Landes Krain, Regierung durch die l. f. Statthalterei in Laibach und Verwaltung des Vermögens und der Umlage der steierm. Slovenen durch einen Landes-Ausschuß in Laibach u. s. w., das wäre also der Vortheil, der voraussichtlich dem slovenischen Steiermärker aus der Vereinigung mit dem gedachten Nachbarlande erwachsen würde.

Der Landes-Ausschuß hofft, daß diese ruhige, den wirklichen Thatsachen und Verhältnissen entsprechende Darstellung geeignet sein werde, die Beunruhigungen, welche künstlich hervorgerufen werden, zu zerstreuen, die Entstellungen und Uebertreibungen, zu welchen ein unpraktischer Eifer treibt, auf die nüchterne Betrachtung der wirklichen Lage zurückzuführen und den Frieden und die Eintracht zu erhalten, in welcher die Bewohner Steiermarks ohne Unterschied der Sprache seit einem halben Jahrtausend ihr gemeinsames Geschick getragen, und das gemeinsame Ziel des Landeswohles angestrebt haben.

### Der Linzer Bischof vor Gericht.

Der „Presse“ wird aus Linz, 5. Juni, geschrieben: Glauben Sie ja nicht, daß ich Ihnen auf den Trümmern von Linz schreibe, es hat weder Pech noch Schwefel geregnet, ja noch mehr, weder die Artillerie der Geistlichkeit, die Glocken, haben Sturm geläutet, noch haben fanatische Stegreifprediger von Gasseinen herab die



Massen haranguiert und doch ist Bischof Franz Joseph Rudigier, wie ich Ihnen schon telegraphisch anzeigte, von drei Organen der hiesigen Civilsicherheits-Behörde heute Mittags 1 Uhr ins Landesgericht vor ein weltliches Gericht „im Namen des Gesetzes“ escortirt worden. Die Executiv-Behörde hat diese Escortirung so geschickt bewerkstelligt, daß nicht 150 Menschen dem ganzen Vorgange als Augenzeugen beigewohnt haben, außer einigen Kinderstimmen und 3 bis 4 Sacristanbäßen hat niemand „Vivat“ gerufen — ganz Einz hat erst als Dessert nach dem Speisen die Nachricht erhalten, der Bischof sei genöthigt worden, dem Gesetze Folge zu leisten.

Das Amüsante daran ist, daß man den hiesigen Leichen- und anderen Vereinen, den katholischen Bruderschaften und dem Clerus die Möglichkeit abgeschnitten hat, die Ovationen anzubringen, welche sie in petto hatten, denn man sprach schon seit lange von dem Triumphzuge, in welchem man Herrn Rudigier heimführen wollte von der Stätte seines Martyriums.

Am 4. Juni wurde dem Bürgermeister, „als Chef der hiesigen Localpolizei“, vom Landesgerichts-Präsidenten v. Czerny persönlich der schriftliche Vorführungsbeehl des Bischofs überreicht.

Heute früh 12 Uhr begab sich der Herr Bürgermeister Victor Drouet zum Bischof, wies dieses Document vor und forderte den Bischof auf, sich freiwillig vor das weltliche Gericht zu stellen. Der Bischof, in dessen Gesellschaft zwei höhere Geistliche waren, weigerte sich ein drittesmal allen Ernstes dagegen, berief sich auf den Willen des Heiligen Stuhles, auf das Concordat, und erklärte, nur der Gewalt, und zwar der Gewalt in des Wortes strengster Bedeutung, weichen zu wollen. Nachdem der Bürgermeister, ein äußerst pflichttreuer und charaktervoller Mann, im Namen der Stadt gebeten hatte, Se. bischöflichen Gnaden möge um der Ruhe und des Friedens willen vor dem Gesetze seine Achtung zeigen, welche das schönste Attribut des ehrlichen Mannes und Staatsbürgers sei, erklärte Bischof Rudigier, auf seinem Anspruche beharren zu wollen.

Darauf zog sich Herr Drouet zurück und übergab dem städtischen Secretär, Herrn Thum, von dessen bekannter Festigkeit die strengste und gewissenhafteste Amtshandlung zu erwarten war, die weitere Ausführung. Herr Thum stellte sich dem Bischof nun als Organ der Polizeigewalt vor, was demselben nicht genügte, er wollte, daß man ihn mit Gewalt vor's Gericht bringe. Herr Thum rief nun drei vor der Thür postirte Civilwachmänner herein, welche den linken Arm Sr. bischöflichen Gnaden berührten und Miene machten, ihn in den unten im Hofe stehenden Fiauer zu führen. Der Bischof bat nun, sich in seine officiële Amtstracht werfen zu dürfen, rief Herr Thum auch zu, „er begehe ein Verbrechen gegen die Kirche“, worauf dieser sehr richtig erwiderte: „Se. bischöflichen Gnaden solle das mit Jenen abmachen, welche ihn (Thum) gesendet“, darauf dictirte der Bischof dem Secretär noch einen schriftlichen Protest, den er und die zwei Geistlichen zeichneten, und folgte willig den Sicherheits-Organen.

Vor dem Thore standen etwa 100 Personen, darunter mehr als 80 Kinder, der Kammerdiener des Bischofs, welcher dem Wagen voran lief, schwenkte den Hut und rief Vivat, die Minderzahl des Publikums, darunter Waisenkinder, welche thatsächlich Spalier machten, riefen ihm nach, und der Wagen, auf dessen Vordach ein Civilwachmann saß, fuhr in raschem Trabe dem k. k. Landesgerichte zu.

Dort empfing der Präsident v. Czerny den Bischof und überwies ihn dem Untersuchungsrichter Landesgerichtsrath Pechmüller. Es ist anzunehmen, daß Rudigier sich zu reden weigerte, und daß das Protokoll, da der Angeklagte sich des Rechtes der Vertheidigung entschlug, geschlossen wurde.

Nach Hause fuhr der Bischof in seinem Galawagen — doch hatten sich (die Waisenkinder blieben permanente Escorte des Wagens) nicht 50 Personen, welche gänzlich theilnahmslos blieben, vor dem Gebäude eingefunden. Das war das Fiasco, welches die clericale Partei in der Person ihres begeisterten Partisans heute erlebte — der gesunde Sinn des Volkes hat diese Amtshandlung aufs freudigste begrüßt. Die Achtung vor dem Gesetze und dessen Organen war stärker als freivöle Neugierde.

## Frieden um jeden Preis.

Sämmtliche Parteien, welche die Opposition in Frankreich bilden, haben auf ihre Fahne die Worte geschrieben: Frieden um jeden Preis. Die Motive, welche sie für diesen Ausspruch angeben, sind, daß die Aufrechterhaltung des Friedens allmählig des Kaiserthums untergraben würde. Die Vorwürfe, daß der Kaiser die Macht Frankreichs nach Außen gering achten lasse, würden nach ihrem Dafürhalten eine vermehrte Kraft erlangen und die Armee, in ihrem Stolz und Selbstgefühl gebeugt, müßte bald die Sympathien aufgeben, die sie noch an die Sache der Napoleoniden fesseln. Gleichzeitig wird kein Fehl daraus gemacht, daß die Opposition die Befürchtung hegt, wie ein glücklicher Krieg die Grundlagen des französischen Thrones fester gestalten könne. Die gemäßigten Opposition will deshalb die Reduction des Heeres und die unveröhnliche Opposition spricht sogar von der gänzlichen Auflösung desselben. Es entsteht nun

die Frage, ob diese Haltung der antinapoleonischen Parteien in Wirklichkeit dem Frieden günstig sei, ob nicht dieselben dem Kaiser gerade denjenigen Weg zeigen, welchen sie gern vermieden sehen möchten. Wenn Marschall Niel dem Kaiser anrath, die Fahnen Frankreichs zu entfalten und das Ansehen des Kaiserthums auf dem Schlachtfelde neu herzustellen, so kann er für seine Sache alle Argumente der oppositionellen Parteien gut benützen. Wenn es wahr ist, daß der Friede die französische Dynastie ruiniert, so ist es ja auch wahr, daß sie sich selbst hilft, wenn sie die Gelegenheit zum Kriege, eine solche, welche ihr täglich dargeboten wird, benützt. Auch wir neigen uns der Ansicht zu, daß das Kaiserthum nicht lange den Frieden bedeuten könne, ohne daß diese Bedeutung mit seiner Vernichtung identisch würde. Das Ausland hat das möglichste gethan, um Napoleon III. zum Kampfe fortzureißen, und er ist dennoch standhaft geblieben und hat die Standarte des Friedens hochgehalten. Jetzt vereinigt sich aber das oppositionelle Ausland mit dem Ausland, und dieses dürfte einen andern Erfolg haben. Der Kaiser will aufrichtig den Frieden, aber man duldet nicht, daß er bei seinen eigenen Grundsätzen beharrt.

(Warr. Woch.)

## Oesterreich.

Wien, 7. Juni. (Die Abreise des Vicekönigs von Egypten) erfolgte gestern um 11 Uhr 10 Minuten. Se. Hoheit sammt Gefolge wurde am Nordbahnhofe unter den Klängen der Volkshymne und den Ehrenbezeugungen einer Compagnie des Linieninfanterieregiments Erzherzog Leopold von einer zahlreichen Menge lebhaft begrüßt und erwiderte diese Aufmerksamkeit in der freundlichsten Weise. Am Perron gaben Se. Excellenz der Erste Generaladjutant Sr. Majestät des Kaisers Gm. Graf Bellegarde, Herr RZM. Baron Maroitić, Statthalterleiter v. Weber, Hofrath v. Strobach und andere Notabilitäten Sr. Hoheit das Geleite bis zu dem bereitstehenden Hofwaggon.

7. Juni. (Dementi.) Die „Br. Abdpst.“ schreibt: Ein in Livorno erscheinendes Blatt „Lo Scoglio“ veröffentlicht ein Schreiben, welches Se. Excellenz der Herr Oberstkämmerer RZM. Graf Crenneville angeblich an den Redacteur des Journals gerichtet haben soll und dessen auch in hiesigen Zeitungen Erwähnung geschah. Wir sind in der Lage, auf das bestimmteste zu versichern, daß Se. Excellenz überhaupt an gar keine Redaction, geschweige denn an die des oben bezeichneten Blattes irgend eine Zuschrift gerichtet hat. Die Veröffentlichung des „Scoglio“ ist eine grobe Fälschung, welche allerdings geeignet ist, die früheren Angaben desselben Organes sattem zu charakterisiren.

## Ausland.

Florenz, 5. Juni. (Deputirtenkammer.) Cobia legt auf den Präsidententisch versiegelte Documente nieder, indem er ankündigt, er habe Beweise von Vestecklichkeit eines Deputirten in der Angelegenheit der Tabakregie. Nachdem noch Seitens einiger Deputirten und des Ministeriums Erklärungen abgegeben wurden, beschloß die Kammer einstimmig, den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Commission in Erwägung zu ziehen und denselben Montag in vertraulicher Sitzung in Verhandlung zu nehmen.

Nordamerika. (Schiffsbruch. — India-nerkrieg.) Die Times bringt zwei amerikanische Telegramme: 1) „Philadelphia, 29. Mai. Die Schiffe „Margaret“ von Sunderland und „Zelus“ von Hull, beide auf dem Wege nach Quebec, scheiterten an der Insel Anticosti. Zweihundredig Personen verloren das Leben, und nur ein Mann, Namens James Donald wurde gerettet.“ 2) „Philadelphia, 31. Mai. Der Indianerkrieg hat wieder begonnen. Ein Gefecht fand zwischen den amerikanischen Truppen und den Indianern in Texas, bei Fort Griffin, statt, in welchem die letzten 14 Mann verloren.“

New-York, 20. Mai. (Krawall.) Zwischen den Bürgern einer Vorstadt von New-Orleans und einer großen Anzahl Polizisten kam es gestern zu einem ernstlichen Krawall. Die ersteren hielten das Polizeigebäude besetzt, feuerten aus den Fenstern auf die 300 Polizisten, welche daselbst unlagerten, und verwundeten ihrer etwa zwanzig. Schließlich sah der Gouverneur sich veranlaßt, militärische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Erst dann zogen die Bürger sich aus dem Gebäude zurück. Man fürchtet weitere ernstliche Reibungen. Als Ursache dieses Vorfalls wird das brutale Benehmen der Polizei angegeben, welche häufig ohne alle Veranlassung Verhaftungen vorgenommen und mehrere der achtbarsten Bürger thätlich mißhandelt haben soll.

## Tagesneuigkeiten.

(Die Gagenregulirung der k. k. Officiere.) Nach dem bereits einmal erwähnten Entwurf der Gagenregulirung für die k. k. Officiere, welcher nunmehr alle Stadien der amtlichen Erörterungen passiert hat, erhält der Oberst 3000 fl., der Oberstlieutenant 2100 fl., der Major 1680 fl., der Hauptmann erster Classe 1200 fl., der Hauptmann zweiter Classe 900 fl., der Oberlieutenant 720 fl., der Lieutenant 600 fl. (Die Lieutenantstelle zweiter

Classe ist bekanntlich eingegangen.) Die Militärbeamten genießen entsprechend ihren Stellungen und Militärcharakter die bezüglichen Gagen eines Obersten, Oberstlieutenants etc. Die Beamten der zwölften Diätencasse 480 fl. Die Officiersstellvertreter, welche an die Stelle der Lieutenants zweiter Classe getreten sind, erhalten die Feldwebelsgebühr + 8 fl. Zulage (die circa 100 fl. macht); durch diese Ersetzung der zweiten Lieutenantstelle wurde ein Ersparniß von 1,800.000 Gulden erzielt. Die Brennholzgebühr entfällt; auch sind bedeutende Reductionen in den Friedensfouragebezügen eingetreten, wodurch gegen 600.000 fl. erspart erscheinen und einem oft und oft laut gewordenen Wunsche entsprochen wurde. Jedoch ergibt sich andererseits eben durch die reducirten Fouragegebühren bei der Cavalerie (vom Rittmeister abwärts) die Nothwendigkeit, eine monatliche „Cavalerie-Dienstzulage“ einzustellen, was einen Mehraufwand von 2,700.000 fl. zur Folge hat.

(Entzogener Postdebit.) Dem in Pest erscheinenden Witzblatt „Der Floß“ wurde der Postdebit für die Länder diesseits der Leitha entzogen.

(Eine kühne Aepplerin.) Professor Mayerhofer aus Wien unternahm vorigen Montag von Asien aus einen Ausflug nach dem Hochwalde, wurde aber in Folge des schlechten Wetters genöthigt, in einer Hütte der Bürgeralpe Unterkunft zu suchen. Während der Nacht kamen zwei verwegene Gefellen vor die Thüre und verlangten Einlaß. Auf die Weigerung der diese Hütte bewohnenden Aepplerin fingen sie an, die Thüre zu demoliren. Der Professor, an solche Abenteuer nicht gewohnt, befand sich in großer Angst, die auch nicht ganz unbegründet war. Allein die Dirne riß ohne Furcht ein Gewehr von der Wand und warnte die gewalthätigen Eindringlinge. Diese lehrten sich aber nicht daran, und in dem Augenblicke, als die Thüre brach, krachte ein Schuß und einer der Burschen fiel schwer verwundet zu Boden, während sich die kühne Dirne auf den zweiten warf, welcher mit Hilfe des Professors bewältigt wurde. Die beiden Ganner, kede Wildschützen, wurden am frühesten Morgen dem Gerichte überliefert.

(Ueber den Verkauf der Insel Lacroma) schreibt man dem „Wdr.“ aus Triest: Die Insel Lacroma ist wirklich in den Besitz eines k. k. Officiers übergegangen, der durch einen seltenen glücklich-unglücklichen Zufall Herr eines bedeutenden Vermögens geworden ist. Derselbe, ein geborener Ragusaner (Lacroma liegt Ragusa gegenüber), diente im Jahre 1866 in demselben Regiment mit einem anderen Cadeten, welcher der einzige Sohn einer sehr reichen Häuserbesitzerin in Wien war. In der Schlacht bei Königgrätz wurde der letztere tödtlich verwundet und verschied in den Armen seines Fremdes, dem er noch im letzten Augenblicke ein Andenken für seine Mutter übergab. Dieser kam, als der Krieg vorüber war, nach Wien und erfüllte seine traurige Mission. Die trostlose Mutter fand Gefallen an dem Fremde ihres verstorbenen Sohnes, dem er die letzten Liebesdienste erwiesen hatte, und verschrieb ihm die Hälfte ihres ansehnlichen Vermögens, welches ihn in die Lage versetzt hat, die schöne Insel, die der Kaiser Max in ein kleines Paradies, in welchem sogar Bananen fortkommen und Früchte tragen, verwandelt hat, um den Preis von 83.000 fl. (mit allem, was sich darauf befindet) an sich zu bringen.

(Rundreisebilletts.) Die dem süddeutschen Eisenbahnverbande angehörigen Verwaltungen haben sich nunmehr über einen Tarif für die Personen-Beförderung mit Rundreise-Billetten geeinigt, der mit dem 15. d. in Wirksamkeit tritt und eine Minderung der gewöhnlichen Fahrten um 45 Percent gewährt. Die für jedes einzelne Bahngebiet bestehenden Reglements für den Personen- und Gepäckverkehr bleiben unverändert. Die Rundreise-Billete gelten auf die Dauer von 30 Tagen und für die zweite Wagenklasse, jedoch ohne Freigepäck; einzelne Couponsblätter sind ungültig. Innerhalb der einzelnen Rundtouren kann die Reise von jeder Station angetreten werden.

(Römische Alterthümer.) Der geheime Archivrath Dr. Lisch in Schwerin veröffentlicht in den „M. A.“ weitere Mittheilungen über den bereits früher erwähnten Fund römischer Alterthümer von Häven in Mecklenburg-Schwerin. Dort ist ein römischer Begräbnißplatz mit sechs Leichen aufgefunden worden. Die Leichen lagen 5 Fuß tief und 10 Fuß auseinander ausgestreckt im Sand und nach römischer Weise ausgestattet; an der Stelle des Halses, der Brust, des Gürtels etc. lagen römische Schmuckstücke und Geräte, zu den Füßen standen Gefäße verschiedener Art zur Mitgabe von Speise und Trank, Krater oder Kessel, Kellen, Siebe, Scheeren, Messer von Bronze, Knöpfe, Nadeln, Schnallen von Silber etc. Alle gefundenen Alterthümer sind römische, mit Ausnahme der einheimischen thönernen Töpfe, welche man offenbar nur zum Ersatz für römische Bronze-Kessel und Schalen benutzt hat. Geheimer Archivrath Lisch ist der Ansicht, daß der Begräbnißplatz der einer kleinen römischen Handelscolonie gewesen sei. Da die gefundenen Alterthümer den in Hedderheim gesammelten so gleich sind, daß sie aus derselben Werkstätte hervorgegangen sein müssen, so stellt er die Vermuthung auf, daß jene Colonie von Hedderheim (Novus vicus) ausgegangen sein mag.

(Arbeitseinstellungen in England.) Aus Lancashire und Yorkshire sind wieder neue Arbeitseinstellungen zu melden. In dem Bezirk von Little Hulton bei Bolton haben 1000 Kohlengrubenarbeiter Strike gemacht, weil sie sich nicht mit einer Lohnkürzung einverstanden erklären wollten. — Der in Wigan drohende Strike der Maurer (wegen Einführung des Stundensystems) auftritt



